



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 50/Oktober 2012

Bundesverkehrswegeplan: Novellierung im Jahr 2015

Konzentration auf die wichtigsten Projekte

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein Investitionsrahmenplan für die Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße, die im Sinne einer modernen, integrierten und ökologisch verantwortbaren Verkehrspolitik um Haushaltsmittel für die Umsetzung der angemeldeten Projekte konkurrieren. Der aktuelle Plan von 2003 bildet einen Planungsraum bis 2015 mit einem Investitionsvolumen von 150 Mrd. € ab und wird im Jahr 2015 neu aufgestellt und fortgeschrieben werden.

Der Regionalrat Köln ist aufgefordert, dem Land NRW für alle drei Bereiche bedarfsplanrelevante Projekte für den neuen BVWP per regionalem Votum zu melden.

Für die Bereiche Schiene und Wasserstraße ist dieses Votum in der Regionalratssitzung am 21. September erfolgt. Karsten Möring, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, macht angesichts der knappen Haushaltsmittel deutlich: „Die zur Verfügung stehenden Gelder für den Aus- und Neubau aller Verkehrswege werden zukünftig eher sinken als steigen. Es ist demnach dringend geboten, sich auf die wesentlichen und wichtigsten Projekte zu konzentrieren und keine aufgeblasenen Wunschlisten ans Land heranzutragen. Ich denke, dass ist uns im interfraktionellem Einklang für die Bereiche Schiene und Wasserstraße gelungen.“

Der Regionalrat hat insgesamt fünf Schienprojekte sowie ein Wasserstraßenprojekt vorgeschlagen. Details dazu können der Homepage der CDU-Fraktion entnommen werden.



Der BVWP stellt die Weichen für große Verkehrsprojekte

Für den Bereich Straße steht das regionale Votum in der Regionalratssitzung am 14. Dezember an. Aufgrund des erheblichen Umfangs wird die CDU-Fraktion zur Beratung der potentiellen Projekte eine Sondersitzung am 23. November durchführen. Der aktuelle BVWP beinhaltet allein für NRW 336 Straßenprojekte mit einem kalkulierten Investitionsvolumen von 2180,9 Mio. €.

„Es liegt nun an uns, für den Regierungsbezirk Köln sinnvolle und vor dem finanziellen Hintergrund realisierbare Projekte für den BVWP 2015-Bereich Straße zu benennen und die Region gezielt zu fördern.“, fordert Fraktionsvorsitzender Stefan Götz ein.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



die lange Sommerpause ist vorbei, die politischen Gremien haben die Startblöcke verlassen und die politische Arbeit wieder aufgenommen.

Auch wenn sich der Sommer in diesem Jahr zwischen herbsterlicher Tristesse und tropischer Hitze nicht wirklich entscheiden konnte, sind im Regionalrat in der zweiten Jahreshälfte noch wichtige Entscheidungen zu treffen.

Der Regionalrat Köln wird in der Dezembersitzung per regionalem Votum Vorschläge für Straßenbauprojekte machen, die in den 2015 neu aufzustellenden **Bundesverkehrswegeplan** aufgenommen werden sollen.

Des Weiteren blicken wir optimistisch auf die Regionalplanänderung für die Erweiterung des **Phantasialands** bei Brühl. Nachdem das Phantasialand der „kleinen“ Erweiterungslösung zugestimmt hat, steht hier der Erarbeitungsbeschluss auf der Tagesordnung.

Eine Entscheidung ist allerdings jetzt schon gefallen: Wir werden Sie wie immer über alle Entwicklungen in Ihrer Region auf dem Laufenden halten.

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: Vorwort
Bundesverkehrswegeplan
- Seite 2: Interview
- Seite 3: Großflächiger Einzelhandel
- Seite 4: Quarzkies, Sitzungskalender 2013

Interview: Stefan Götz und Rainer Deppe zur politischen Arbeit im Regionalrat Köln

„Deutsches Planungsrecht leidet unter grundsätzlichem Webfehler“

Herr Götz, die 50. Ausgabe des Regionalrats-reports ist erreicht. Woran müssen Sie spontan denken?

Götz: Waren es wirklich schon so viele? Ansonsten denke ich an die Startschwierigkeiten, als die Regionalräte durch Landesgesetz eingeführt wurden und insbesondere der damalige Regierungspräsident Antwerpes uns als unerwünschte Eindringlinge betrachtete, die seine Selbstdarstellung beeinträchtigen könnten. Wir kämpften um Büros, um die Durchsetzung unserer Zuständigkeiten und Kompetenzen.

Herr Deppe, Sie sind wie Stefan Götz seit 2001 Mitgleid des Regionalrats Köln, dem Sie seit 2010 sogar vorstehen. Was reizt Sie an diesem Gremium?

Deppe: Uns eint das Interesse, die Region zwischen Selfkant und Bergneustadt – also den Regierungsbezirk Köln – wirklich voranzubringen. Der Umgang untereinander ist sehr kollegial und vor allem begegnen wir uns auf Augenhöhe – egal, ob jemand aus der Millionenstadt Köln oder aus einer kleinen Gemeinde wie Roetgen kommt.

Hat sich ihr Blick auf die Dinge geändert, seitdem Sie Vorsitzender des Regionalrats Köln sind?

Deppe: Uns allen ist klar: Bei einer Landesregierung, deren Fokus eindeutig auf dem Ruhrgebiet liegt, können die Interessen unseres Regierungsbezirks, der einzigen Wachstumsregion in NRW, nur dann erfolgreich durchgesetzt werden, wenn wir einen größtmöglichen Konsens finden. Wir konzentrieren uns auf die wichtigen Infrastrukturprojekte im Regierungsbezirk Köln. Das gelingt immer besser.

Die Beschlüsse des Regionalrats haben mit wenigen Ausnahmen kaum Öffentlichkeitswirkung. Welche Vor- aber auch Nachteile hat

das für die Arbeit in diesem Gremium?

Deppe: Bei den jeweils von Entscheidungen Betroffenen ist der Regionalrat durchaus gut bekannt. Das belegen die zahlreichen Zuschriften, die wir erhalten. Sobald die eigene Betroffenheit fehlt, ist das „Parlament des Regierungsbezirks“ allerdings weitgehend unbekannt.

Dabei wären viele Bürger von dem sachlichen, konstruktiven, an Ergebnissen orientierten Arbeitsstil mit Sicherheit positiv beeindruckt.



Seit 2001 gemeinsam im Regionalrat Köln; Rainer Deppe und Stefan Götz)

Götz: Das öffentliche Interesse ist nur dort vorhanden, wo die konkreten Projekte behandelt werden, zum Beispiel das Thema Phantasialand in Brühl und dem Rhein-Erft-Kreis oder das Thema Kraftwerksneubau in Bergheim. Und wenn manches nicht so öffentlichkeitswirksam ist, hat dies für eine sachgerechte Entscheidung ohne parteipolitischen Streit erhebliche Vorteile.

Beschlüsse zu großen Projekten wie etwa dem Ausbau des Phantasialands oder dem Kraftwerksneubau BoAplus in Bergheim Niederaußem sind extrem langwierig und schwierig. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Deppe: Das deutsche Planungsrecht leidet an einem grundsätzlichen Webfehler. Das Vermeiden von sog. Ab-

wägungsfehlern hat eine überhöhte Bedeutung gewonnen. Die Gerichte zwingen mittlerweile alle Planungsträger zu Endlos-Abwägungen. Wir brauchen dringend eine Reparlamentarisierung von Planungsentscheidungen.

Götz: Die Verfahren sind zu aufwendig, zu bürokratisch und zu lange verwaltungsintern. Und wenn dann in Düsseldorf de-facto noch ein Veto-recht wegen einer alleinerziehenden Nacktschnecke besteht, wird alles wieder auf Null gesetzt. Damit ist niemandem geholfen.

Wie bewerten Sie die zukünftige Rolle des Regionalrats? Wo sehen Sie Bereiche der Einflussnahme?

Deppe: Die sechs Regionalräte sollten eigen- und letztverantwortlich über Regionalpläne, Verkehrsplanungen und die Förderprogramme des Landes entscheiden. Das würde zu einem konstruktiven Wettbewerb der Regionen führen und damit NRW insgesamt stärken.

Götz: Wir müssen uns mit allen Regionalräten in NRW bei der Überarbeitung des Landesentwicklungsplans in die Diskussion einbringen. Denn hier werden die Weichen für die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden sowie den Umfang und die Länge der Verfahren gestellt. Und dabei sollten wir ein vernünftiges Miteinander von kommunaler Selbstverwaltung und regionalem Konsens im Blick haben – und keinen Zentralismus aus Düsseldorf.

Vielen Dank für das Gespräch .

LEP: Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel wird neu geregelt

Dringlichkeit erfordert Einzelverfahren - Kommunen in der Verantwortung

Der großflächige Einzelhandel darf die Nahversorgung in den Innenstädten nicht gefährden! In diesem Punkt waren sich alle zur Stellungnahme aufgeforderten Behörden und Gremien schnell einig. Der großflächige Einzelhandel wird immer dann zu einem Reizthema, wenn innenstadtrelevante Sortimente außerhalb der Zentren angesiedelt werden sollen und dadurch die Nahversorgung in den Städten und Gemeinden gefährden.

Einzelhandelsbetriebe gelten als großflächig, sobald die Verkaufsfläche mehr als 800m² oder die Geschossfläche mehr als 1.200m² beträgt.

Deren Ansiedlung wurde bisher im § 24a des Landesentwicklungsprogramms (LEPro) geregelt. Durch eine Entscheidung des OVG Münster vom 14. April 2010 galten die dort getroffenen Aussagen nur noch als Grundsatz und nicht mehr als Ziel der Raumordnung und mussten von den Kommunen in ihrer Abwägung lediglich beachtet, jedoch nicht



Der großflächige Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“ muss dringend reguliert werden

mehr berücksichtigt werden. Derweil ist das LEPro zum 31.12.2011 in Gänze außer Kraft getreten. Die dadurch entstandene Regelungslücke muss dringend geschlossen werden. Am 17.04.2012 wurde vom Landeskabinet der „Sachliche Teilplan Großflächiger Einzelhandel“ verabschiedet und mit dem Erlass durch die Landesplanungsbehörde in Aufstellung gegeben. Die darin enthaltenen Ziele und Grundsätze sind demnach als in Aufstellung befindliche Ziele bei entsprechenden Planungen von den Kommunen wieder zu berücksichtigen. Bis zur endgültigen Beschlussfassung durch den Landtag sind u.a. die Regionalräte aufgefordert, zum Erlass der Landesplanungsbehörde Stellung zu beziehen sowie Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu unterbreiten.

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 21. September eine Stellungnahme einstimmig beschlossen. Diese wird nun für das weitere Verfahren an die Landesplanungsbehörde weitergeleitet. Den Erlass sowie die Stellungnahme können Sie auf unsere Homepage im Bereich Themen/Land NRW einsehen.

Energiewende: Fragen zur geplanten Höchstspannungsleitung in Hürth

Möglichkeit der Erdverkabelung soll überprüft werden

Die Entwicklung des deutschen Stromnetzes ist ein entscheidender Baustein für das Gelingen der „Energiewende“. Das deutsche Verbundnetz ist in seiner heutigen Ausprägung für einen konventionellen Kraftwerkspark und für eine zumeist lastnahe Erzeugung ausgelegt. Es dient nicht zur Integration großer lastferner und fluktuierender Einspeisungen von Energie sowie zum weiträumigen Stromtransport. Die Veränderung der Erzeugungslandschaft erfordert zusätzliche Transportmöglichkeiten sowie eine Modernisierung der bestehenden Stromtrassen.

Eine dieser Trassen führt auf einem Teilstück durch Hürth. Auf einer Strecke von 1,7km sind insgesamt sieben Wohngebiete unmittelbar betroffen, teilweise nur wenige Meter von der Trasse entfernt. Die bestehenden 110-kV sowie 220-kV-Leitungen sollen zu 380kV-Höchstspannungslei-

tungen ausgebaut werden. Betrachtet man den gesamten Trassenverlauf auf 130km, gibt es keine vergleichbare Situation.

Die CDU-Fraktion fragt u.a. nach möglichen Gesundheitsgefährdungen durch elektromagnetische Felder sowie die Möglichkeit einer Erdverkabelung für diesen Teilabschnitt. Die ausführliche Anfrage sowie die Antwort der Bezirksregierung können Sie auf unsere Homepage einsehen.



Die Stromtrasse steht teilweise nur wenige Meter entfernt von der Wohnbebauung

Quarzkies: Regionalplanänderung wird rechtskräftig

Staatskanzlei erhebt keine Einwendungen

Eine Hürde war noch zu nehmen, auf die der Regionalrat als politisches Gremium jedoch keinen direkten Einfluss mehr hatte.

Nachdem dieser mit dem Beschluss vom 29. Juni die Regionalplanänderung für den **Sachlichen Teilabschnitt Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville** aufgestellt hatte, lag der Ball nun bei der Staatskanzlei und den fachlich betroffenen Landesministerien.

Diese hätten innerhalb einer Frist von 3 Monaten auf Basis einer Rechtsprüfung noch Einwende gegen die Regionalplanänderung erheben können.

Da dieses nicht geschehen ist, wird die Regionalplanänderung mit der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW damit wirksam. „Ein 8jähriger Verfahrensmarathon wird damit erfolgreich abgeschlossen“, zeigt sich Brigitte Donie erleichtert.

Termine 2013: Regionalrat Köln beschließt Sitzungskalender

22 Sitzungen, 4 mal Fraktion

Regionalrat:

15. März
05. Juli
11. Oktober
13. Dezember

BKA:

14. Juni
21. November

UK Rhein-Berg:

03. Juni
04. November

AG IRR:

10. April
10. Oktober

VK:

01. März
20. September
22. November

UK Ville-Eifel:

10. Juni
06. November

Fraktion:

08. März
27. September
06. Dezember

Ältestenrat:

08. März
28. Juni
07. Oktober
06. Dezember

KRS:

12. April
15. November

ÖPNV/Schiene:

03. Mai
18. Oktober

Termine der Fraktion

UK Rhein-Berg

Montag, 29. Oktober 2012

UK Ville-Eifel

Mittwoch, 31. Oktober 2012

Braunkohlensausschuss

Montag, 05. November 2012

ÖPNV/Schiene

Freitag, 09. November 2012

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen

Freitag, 16. November 2012

Verkehrskommission

Freitag, 23. November 2012

Sondersitzung Fraktion

Freitag, 23. November 2012

Ältestenratssitzung

Freitag, 07. Dezember 2012

Fraktionssitzung

Freitag, 07. Dezember 2012

Regionalratssitzung

Freitag, 14. Dezember 2012

Die Geschäftsstelle bleibt während der Herbstferien vom **08. - 12. Oktober** geschlossen.

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

Heidi-Rackwitz Zimmermann
(Vorsitzende der Verkehrskommission)
Rhein-Sieg-Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

Franz-Michael Jansen
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen)
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de



Wir wünschen Ihnen schöne und erholsame Herbstferien